

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien - Graz, Juni 1931

Nummer 12

Die Wahrheit über Sowjetrußland.

Zum Vericht der Arbeiterdelegation.

In Graz, antworteten auf Grund von zahlreichen Anfragen über die Ausweisung Trozki und die Verbannung der linken Opposition, die Delegierten, daß Trozki und die linke Opposition deshalb verbannt, resp. ausgewiesen wurde, „weil sie gegen das Zentralkomitee fraktioniert haben“, und „die Bauern wie Harem auspressen wollten“. In Rußland, sagte der Delegierte Kaufmann, macht man mit den einmal besten Genossen Zäufel, wenn sie gegen die Partei vorgehen.“

Woher habt ihr Delegierten diese Auskunft? Von Stalin oder von Trozki? Von der Stalinsbürokratie oder den in den Gefängnissen und der Verbannung schmachtenden Bolschewiken-Genossen? Habt ihr vielleicht, diese von euch verbreiteten Ansichten den Dokumenten und Schriften der linken Opposition entnommen? Habt ihr überhaupt jemals ein Dokument der Bolschewiken-Genossen gelesen? Oder habt ihr -- was offensichtlich ist -- das nachgefragt, was man euch vorgefragt hat. Bei nur einigermaßen objektivem und kritischem Verhalten eurerseits, hättet ihr doch sagen müssen, wir wollen uns auch überzeugen von dem, was ihr über die linke Opposition und Trozki sagt. Gebt uns ihre Schriften zu lesen und führt uns zu den Verbannenen Oppositionellen, führt uns zu Kufowski und Genossen. Das habt ihr Rußland-Delegierten nicht getan, sondern habt die Schmähungen und Verleumdungen, die das Stalinregime über die linke Opposition in die Welt setzt, gedankenlos übernommen und verbreitet. Sie jetzt unter der österreichischen Arbeiterkraft. Wie soll man, in diesen Weltvielen genarrt, das Äbrige, was ihr über Sowjetrußland berichtet, als das Ergebnis einer ernstlichen Untersuchung werten? Gewiß, Sowjetrußland hat einen gewaltigen Aufschwung seiner Wirtschaft zu verzeichnen, aber dieser Aufschwung ist, sofern es sich um seine positiven Seiten handelt, das Werk der in der Verbannung und Gefängnissen befindlichen linken Opposition.

Wenn die russische Opposition zu den Mitteln des fraktionellen Kampfes schreiten mußte, so spricht das nur gegen das Stalinregime, das die leninische Parteidemokratie mit dem Stiefel zertreten hat, und die Ansichten, Thesen, Reden und Artikel der Opposition nicht veröffentlicht hat. Die linke Opposition hat niemals gegen die Partei gearbeitet, das hat Stalin getan, indem er die Partei spaltete, die Bolschewiken-Genossen verbannte und erschleichen ließ, die Parteidemokratie durch die Allmacht der Bürokratie ersetzte und das kollektive Parteibewußtsein, das theoretische Erbe Lenins durch solche antimarxistische Theorien ersetzte.

Wir werden an der Hand der Plattform der linken Opposition von 1927 nachweisen, wer die „Bauern auspressen“ wollte -- Stalin oder Trozki:

Die Kulakenpolitik Stalins hatte die Sowjetunion 1927

hart an den Wand des Abgrundes gebracht. Wir zitieren ausgenommen die Plattform der russischen Opposition:

„Die Revision des Leninismus in der Bauernfrage geht von Seiten der Gruppe Stalin-Bucharin nach den folgenden Hauptlinien:

1. Abgehen von einem der Hauptfänge des Marxismus, daß nur eine mächtige sozialistische Industrie der Bauernschaft helfen kann, die Landwirtschaft auf den Grundlagen des Kollektivismus umzugestalten.
2. Unterschätzung der Landarbeiterkraft und der Dorfarmut als soziale Basis der Diktatur des Proletariats im Dorfe.
3. Einzug in der Landwirtschaft auf den sogenannten „starken“ Bauern, d. h. in Wirklichkeit auf den Kulaken.
4. Vernachlässigung oder direkte Verungung des Kleinbürgerlichen Charakters des Bauerneigentums und der Bauernwirtschaft, was eine Wendung von den Anschauungen des Marxismus zu den Theorien der Sozialrevolutionäre bedeutet.
5. Unterschätzung der kapitalistischen Elemente der Entwicklung des heutigen Dorfes und Vertuschung der Differenzierung der Bauernschaft.
6. Schaffung der einschläfernden Theorie, daß „der Kulak und die Kulakenorganisationen wie nie nirgend werden hinföhnen, denn der allgemeine Rahmen der Entwicklung in unserem Lande ist von vornherein durch das System der proletarischen Diktatur gegeben.“ (Bucharin, „Der Weg zum Sozialismus und das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauer“, S. 49.)
7. Nur auf das Hineintragen der „Genossenschaftsnester der Kulaken in unser System“ (Bucharin, ebenda S. 49.) „Das Problem ist so gestellt, daß man die Wirtschaftsmöglichkeiten der wohlhabenden Bauern, die Wirtschaftsmöglichkeiten der Kulaken entzweifeln muß“ („Pravda“, 24. 4. 1925.)

Das Ergebnis einer solchen Politik kann nur eins sein: Den armen Bauern vertiert man, den Mittelbauern gestaut man nicht. . . . 35 Prozent der mittleren Gruppe besitzen (im Nord-Kaukasus) 35 Prozent der Grundproduktionsmittel und 15 Prozent der höchsten Gruppen besitzen 50 Prozent der Grundproduktionsmittel. Das gleiche Bild der Verteilung der Produktionsmittel läßt sich auch in anderen Bezirken beobachten (Sibirien, Ukraine u. a.).

Die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Anbauflächen und der Produktionsmittel wird auch durch die ungleichmäßige Verteilung der ~~Arbeits-~~Reserven bei den einzelnen Gruppen der Bauernwirtschaften bestätigt, 58 Prozent aller

Getreideüberschüsse im Dorfe befanden sich zum 1. April 1926 in den Händen von 6 Prozent der Bauernwirtschaften („Statistische Uebersicht“ Nr. 4, S. 15, 1927). (So wichtig war das Anfallentum. Anm. d. R.)

In dem sich im Dorfe abspielenden Klassenkampf muß die Partei, nicht in Worten, sondern in Taten, sich an die Spitze der Landarbeiter, der armen Bauern und der Grundbesitzer der Mittelbauern stellen und sie gegen die Ausbeuter-tendenzen des Kapitalismus organisieren.

Der landwirtschaftliche Kredit muß aufhören, ein Privilegium vorwiegend wohlhabender Kreise des Dorfes zu sein. Man muß der jetzigen Lage ein Ende setzen, wo die an und für sich reinigenden Fonds der Dorfarmut häufig nicht ihrer Bestimmung nach verwendet werden und wohlhabende und mittelbäuerliche Schichten bedienen.

Dem bestehenden Jarntatum des Dorfes muß ein rascher Wachstum der Kollektiven entgegengesetzt werden. Namentlich ist, mathematisch, Jahr für Jahr, bedeutende Zuwendungen zu Hilfeleistungen der in Kollektiven organisierten Dorfarmut zukommen zu lassen.

Daneben muß man den armen Wirtschaften, welche durch Kollektive nicht umfasst sind, systematische Hilfe auf dem Wege der volkswirtschaftlichen Zuerwerbserleichterung, entsprechender Politik der Einrichtung von Grund und Boden, des Kredites zu wirtschaftlichen Anschaffungen, die Einzelkultur in die landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. zukommen zu lassen.

Das bestehende System der landwirtschaftlichen Einkommensteuer muß insofern verändert werden, daß 40 bis 50 Prozent der kleinsten und ärmsten Bauernwirtschaften gänzlich von der Steuer befreit werden ohne irgend eine Zusatzbesteuerung der Grundbesitzer der Mittelbauern. Die Termine der Steuerzahlung müssen den Interessen der unteren Gruppen der Steuerkassa angepaßt werden.

Es müssen bedeutendere Mittel in den Ausbau der Sowjetwirtschaften und der Kollektivwirtschaften hineingesteckt werden. Man muß möglichst große Vergünstigungen für die neu zu organisierenden Kollektivwirtschaften und andere Formen der Kollektivisierung schaffen. Mitglieder der Kollektivwirtschaften können nicht Personen sein, die keine Wahlrechte besitzen. Die ganze Arbeit der Genossenschaften muß von der Aufgabe der Überführung der Kleinproduktion zur großen, kollektiven Produktion durchdrängt sein.

Und über den damaligen, kümperhaften, unzulänglichen Fünfjahresplanentwurf sagt die Plattform:

„Der Fünfjahresplan der Staatsplankommission muß kategorisch abgelehnt und verworfen werden als in der Wurzel unverträglich mit der Aufgabe der Verwandlung des Reichs in ein sozialistisches Reich.“

Wenn man zum Zehnjahresfest der Oktoberrevolution einen solchen auf Brocken berechneten, durch und durch pessimistischen Plan präsentiert, so heißt das, daß man in Wirklichkeit gegen den Sozialismus arbeitet.

„Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die große Maschinenindustrie sein, welche fähig ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren“ (Lenin, Bd. XVIII, Teil 1, S. 316).

Die Hauptbedingung für unsere sozialistische Entwicklung in seinem heutigen ersten Stadium und unter den heutigen geschichtlichen Umständen, d. h. in der Einkreisung durch den Kapitalismus und bei einer Verlangsamung des Tempos der Weltrevolution, ist ein solches Tempo der Industrialisierung, welches für die nächste Periode die Lösung wenigstens der folgenden Aufgaben sichern würde: 1. Die materiellen Positionen des Proletariats im Lande müssen absolut und relativ verstärkt werden (Wachstum der Anzahl der beschäftigten Arbeiter, Verkürzung der Anzahl der Arbeitslosen, Wachstum des materiellen Niveaus

der Arbeiterklasse und insbesondere die Erreichung eines Wohnraums pro Kopf von mindestens der gesundheitlich erforderlichen Norm). 2. Die Arbeit der Industrie, des Transportwesens und der Elektrizitätswerke muß mindestens so wachsen, daß sie nicht hinter den wachsenden Bedürfnissen und Anforderungen des Landes im ganzen zurückbleibt. 3. Die Landwirtschaft muß die Möglichkeit erhalten, allmählich auf ein höheres technisches Niveau überzugehen und der Industrie eine sich erweiternde landwirtschaftliche Rohstoffbasis zu sichern. 4. In Bezug auf das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, in Bezug auf die Technik und in Bezug auf das Wachstum des materiellen Wohlstandes der Arbeiter und der Beschäftigten überhaupt muß die U.S.S.R. schon in den nächsten Jahren nicht hinter den kapitalistischen Ländern zurückbleiben, sondern sie einholen. Die Industrialisierung muß die Landesverteidigung sicherstellen und insbesondere die entsprechende Entwicklung der Rüstungsindustrie. 6. Die sozialistischen, staatlichen und genossenschaftlichen Elemente der sozialistischen Wirtschaftssysteme (des kapitalistischen und der vorkapitalistischen) verdrängen, die anderen sich unterwerfen und sie umgestalten.“

Möge jeder Arbeiter urteilen. Ammet diese Plattform nicht in jedem Wort den Geist Lenins, den Geist des Bolschewismus. Für diese Ansichten, für die sozialistischen Aufbau kämpfte die linke Opposition, für diese Ansichten schloß das Stalinregime die linke Opposition aus der Partei aus, schickte sie in die Verbannung und ließ sie erschließen. (Blumkin u. a.). So wie 1927 so auch jetzt; trotz des gewaltigen Ausbaues steuert das Stalinregime die Sowjetunion in gefährliche Krisen. Die linke Opposition wird weiterkämpfen, für Sowjetrußland, für den Leninismus.

Macdonald fordert Lohnraub.

Einer deutschen Zeitungskorrespondenz hat Brüning folgendes mitgeteilt:

Reichskanzler Brüning hat den Vertretern der sozialdemokratischen Partei erklärt, die Notverordnung sei für ihn ein außenpolitisches Instrument. In den Regierungskreisen der Staaten, welche die Reparationsgläubiger Deutschlands sind, sei man der Ansicht, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes immer noch viel zu hoch sei, daß in Deutschland zu hohe Gehälter, Pensionen und Löhne gezahlt werden. Der englische Ministerpräsident habe Brüning in Chequers gesagt, Deutschland müsse die Preise seiner Industrieprodukte auf das Niveau der Weltmarktpreise für Weizen herabsetzen, worauf Brüning geantwortet habe, dies würde die Herabsetzung der deutschen Industrielöhne um etwa 30 Prozent bedeuten. Jedenfalls habe aber der Reichskanzler die Notverordnung erlassen, um dem Ausland zu zeigen, daß das deutsche Volk entschlossen sei, seine Lebenshaltung herabzusetzen. Wenn nun der Haushaltsausschuß einberufen würde, so würden die verschiedenen Parteien zahlreiche Änderungen beantragen, deren auch nur teilweise Annahme genügen würde, um den Eindruck, den die Notverordnung im Ausland hervorbringen soll, zu nicht zu machen. Darum weigerte sich der Reichskanzler, der Einberufung des Haushaltsausschusses beizustimmen, weil er befürchten müsse, daß der Haushaltsausschuß die Grundlage, von der er bei seiner Aktion in der Reparationsfrage ausgehen wolle, zerstören würde.

Also auf Geheiß der englischen Arbeiterregierung, die die Interessen des englischen Imperiums vertritt, hat die deutsche Sozialdemokratie für die Hungerverordnung Brünnings, für die Ausrückung der deutschen Arbeiterklasse gestimmt. Die 2. Internationale ist zum Kronzeugen

des internationalen Kapitals geworden. Die Arbeiterregierung des Herrn Macdonald, der Stolz der 2. Internationalen, erklärt die Lebenshaltung und Löhne der deutschen Arbeiterklasse als zu hoch; und damit die englische Bourgeoisie die Reparationen erhält, empfiehlt Macdonald der deutschen Bourgeoisie, die Arbeiter und Angestellten auf Hungerration zu setzen. Das ist die Politik aller sozialdemokratischen Parteien. Jetzt wird es begreiflich, warum die österreichische SP. rüchhaltlos für die Rothschild-Sanierung eintrat. Um sich das Wohlwollen des englischen Finanzkapitals zu sichern. Möge das Proletariat verhungern, wenn nur das kapitalistische Nordsystem lebt. Heraus aus der Sozialdemokratie!

Deutschlands Hungerver- ordnung.

Die Krisenwelle geht in Deutschland, entgegen allen optimistischen Prophezeiungen der kapitalistischen Sozialforscher, nach aufwärts. Selbst die Mark ist bedroht, mit in den Abgrund gerissen zu werden. Die Produktion und der Außenhandel geht zurück, die Kurve der Arbeitslosenziffern steht auf der Höhe von 4.5 Millionen. Barikadenkämpfe und Hungerrevolten sind auf der Tagesordnung. Das Staats-, Länder- und Gemeindefudget droht im Wirbel der Krise zusammenzubrechen und damit den Staatsbankrott zu besiegeln. Nur die wahnwitzige Ausplünderung der Werktätigen durch das Diktaturregime Brüning, daß von der Sozialdemokratie gestützt wird, vermag den offenen Bankrott zu vertagen. Deutschlands Bourgeoisie steht auf einem Vulkan und ist bestrebt, eine Revision des Young-Plans zu erzielen, die ihr eine Atempause verschaffen soll. Mit dem Hinweis auf die drohende revolutionäre Erhebung des Proletariats versucht die deutsche Bourgeoisie die Entente zu Konzessionen zu bewegen. Die neuerliche Notverordnung Brünings, die dem Proletariat 1800 Millionen Mark als Tribut auferlegt, drohte das Brüningssystem zu stürzen. Nur mit Hilfe der SP. konnte Brüning die Einberufung des Reichstages verhindern. Die deutsche „Demokratie“ kann nur noch vegetieren, indem sie im Reiche den Belagerungszustand aufrecht erhält und den Reichstag an die Luft setzt. In der bürgerlichen Demokratie geht

die gesetzgebende Gewalt nur solange „vom Volke aus“, als daß Parlament ein williges Werkzeug der herrschenden Klassen ist. Und die Sozialdemokratie, die parlamentarisch bankrott ist, stützt die Brüning-Diktatur außerparlamentarisch, indem sie die deutsche Arbeiterklasse niederhält, um das kapitalistische System zu stützen.

Zimmer mächtiger wächst die faschistische Welle in Deutschland. Eine revolutionäre Krise reißt heran. Deutschland steht am Vorabend der Entscheidung zwischen Kommunismus und Faschismus. Letzterer hat die SPD. weit überholt. Die Stalinische Kommintern hat die europäischen Revolutionen durch die methaphysische Theorie von der 3. Periode geradezu dezimiert. Durch Jahre bereiben die europäischen Sektionen eine grundsätzliche Politik und blieben daher hinter den Ereignissen zurück. Während die Ereignisse für den Kommunismus gearbeitet haben, hat die faschistische Kommintern- und Parteiführung gegen den Kommunismus gearbeitet. Kramarski versucht sich die Fällmannführung der SPD. hinter dem Rücken der Partei zu korregieren. Doch die letzte Ekki-Tagung war nur eine halbe Wendung und es ist eine große Frage, ob die SPD. sich zu jener leninischen Manövrierfähigkeit aufraffen wird, die notwendig ist, um das verlorene Terrain zurückzugewinnen; mit anderen Worten, ob sie die ideologische und politische Kraft und Klarheit besitzt, um die großen Massen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter mit dem Vertrauen zur Parteiführung bis zu den bevorstehenden Entscheidungskämpfen erfüllt haben wird. Eine offene Losagung von den Fehlern der Vergangenheit ist die grundlegende Voraussetzung für die Klärung und Neuorientierung der Partei. Die Wandierung der verbrecherischen Taktik mit der KPD., die Wasser auf die Mühlen der Reformisten trieb, ist unerlässlich für die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den neuerlich drohenden Lohnraub und die soziale Reaktion. Das sinnliche Beispiel droht der deutschen Arbeiterklasse, wenn die Führung der SPD. statt des roten Oktober ein zweites 1923 vorbereitet. Die deutsche Revolution kann nur siegen, wenn die revolutionäre Vorhut die Millionenarmee des werktätigen Volkes unter die Fahnen des Kommunismus zum Sturm gegen das bankrotte kapitalistische System zu sammeln versteht. In den Händen der SPD.-Führung liegt das Schicksal der heranreißenden deutschen Revolution.

Die Zurückgebliebenen rufen zum Sturm.

„Wir kommen nicht mit, das war die Besorgnis aller Mitglieder des ZK.“ (N. Z. vom 19. 5. 31.)

Auf das 11. Plenum des Ekki ist das Plenum unseres ZK. gefolgt. Es beschloß, den 11. Parteitag für den 28., 29. und 30. Juni nach Wien einzuberufen.

In welchem Geiste dieser Parteitag vorbereitet wird, das geht aus den Artikeln der „N. Z.“ mit aller Deutlichkeit hervor. Wir greifen nur die entscheidendsten Fragen heraus.

Die Einschätzung der internationalen Lage.

Die Einschätzungen des 11. Ekki-Plenums werden mit sklavischer Treue übernommen, ohne konkrete Analyse der Lage der wichtigsten Länder wird „ein revolutionärer Aufschwung im internationalen Maßstabe“ festgestellt. Der Versuch, die Linie der Kommintern an den wirklichen revolutionären Ereignissen zu überprüfen, z. B. an der spanischen Revolution, die ein klassisches Beispiel dafür ist, daß sich die Kominternführung als blind und lahm in einer revolutionären Krise erweist, wird nicht unternommen.

Das Verhältnis zwischen der demokratischen und der faschistischen Herrschaftsform der Bourgeoisie wird, ganz im Geiste der öden Schotastik des 11. Ekki-Plenums, auf die Formel gebracht, daß es nur ein Erid ist, diese beiden Herrschaftsformen der Bourgeoisie einander gegenüberzustellen. Die Tatsache, daß der Übergang von der demokratischen zur faschistischen Herrschaftsform stets von schweren politischen Erschütterungen begleitet ist, daß diesem Übergang eine Periode schwerer Störungen des gesellschaftlichen Gleichgewichtes vorausgeht und daß diese Periode nur ihre konterrevolutionäre Lösung findet, wenn das revolutionäre Proletariat unfähig war, die revolutionäre Lösung zu erlangen, solche „Aleinigkeiten“ belasten weder das theoretische Bewußsein, noch die politische Strategie der Schule Stalin.

Zur österreichischen Lage.

Es ist richtig, wenn das Plenum des ZK. die besondere Schärfe der Krise in Österreich stellt und die wachsende Gefahr in der Arbeiterklasse. Und nicht weniger richtig ist es, daß die Partei „in der ersten Reihe hinter der

Entwicklung der Ereignisse und der Radikalisierung der Massen zurückbleibt.

Es ist erfreulich, daß die „Zurückgebliebenen“ dies feststellen. Aber man darf diese „Selbstkritik“ nicht überschätzen. Sie soll nur der allzu berechtigten Kritik von unten die Spitze abbrechen. Die „Selbstkritik“ des Jk. ist nur der Vorwand, um einen massiven Stoß gegen die Kaders der Partei zu richten, die als „verfallt, müde und festlichereich gebrandmarkt werden. (Gewiß gibt es in den alten Kaders manche morschen Bestandteile, vor allem jene, die durch die Schule Tomans gingen. Aber im allgemeinen stellen die 200 aktiven Funktionäre von Wien — soweit sie nicht Kader des Parteiapparates sind — die lebendige Erfahrung und die relative politische Reife der Partei dar. (Daß diese „Meise“, gemessen an dem Maßstab des revolutionären Marxismus und des Alters unserer Partei erschreckend gering ist, das ist nicht die Schuld der Kaders.) Diese Kaders gegen die „Jungen“ auszuspielen, wie es das Jk. macht, ist ein Verbrechen an der Partei. Vor allem demoralisiert es die „Jungen“, deren Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit planmäßig von der Parteiführung ausgenutzt wird.

Organisatorische Mängel oder falsche politische Orientierung?

Gewiß gibt es zahlreiche organisatorische Mängel in der Partei. Aber sie erklären nicht das eingetretene „Zurückbleiben“, sondern sie sind nur die organisatorische Folge der politischen Fehler der Führung. Die zentrale Aufgabe der Partei wird nicht einmal gestellt: die gesamte politische und gewerkschaftliche Arbeit unter dem zentralen Gesichtspunkt durchzuführen, das Monopol der SP. als Führerin der Arbeiterklasse zu vernichten. Die Loslösung der revolutionären Arbeitermassen von der SP. — die in Deutschland bereits 1920 stattgefunden hat — sie hat in Österreich noch nicht stattgefunden, dank der Unfähigkeit unserer Partei und des völligen Bankrotts der alten Linien von 1920 (Frey), die sich als unfähig erwies, Massen zu führen und ihr Vertrauen zu behalten.

Einer der wichtigsten Hebel dieses Prozesses innerhalb der SP. ist die Gewerkschaftsfrage. Wird es uns gelingen, in den Gewerkschaften durch eine kluge und richtige Politik einen linken Flügel zu schaffen, der auch in den Arbeitslosenmassen einen starken Rückhalt hätte, dann haben wir mehr geleistet, als wenn das Jk. einen Sturm — im Wasserglas organisiert.

Die Linke und der Parteitag.

Für die linke Opposition ist der Parteitag ein Zeichen, wie gering noch ihr Einfluß auf das Leben der Partei ist. Die Ideen der Linken sind der überwiegenden Mehrheit der Partei unbekannt.

Wir bekennen offen, daß dies unsere eigene Schuld ist. Allzulange haben wir unfruchtbaren Illusionen nachgegeben. Kostbare Zeit wurde mit dem kindlichen Versuch verthan, die Haut von Negern weizuwaschen, d. h. mit dem Versuch, Opportunisten, wie Frey, zu überzeugen, Schröder, wie Stifft, zu festigen und skeptische Cyniker, wie Gräf, der proletarischen Sache näherzubringen.

Aber im Gegensatz zum Jk. ist unsere Selbstkritik kein Vorwand, sondern nur der Beginn in der Neurüstung der Linken Opposition.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rothergasse 24. (Im Auftrage der komm. Linkenopposition.) Druck: „Arbeiter“, Wien, 2. Bez., Taborstraße 52b.

Bankrott in allen Gassen.

Sogar die Ender-Regierung ist dem Bankrott zum Opfer gefallen. Trotz aller Staatsgarantie will der franke Oester Credit-Anstalt nicht auf die Peine. W. vorgehen. hat die Regierung bereits für eine Milliarde Schilling die Haftung übernommen und noch ist kein Ende mit der Verpfändung Oesterreichs. Die Auslandskontrolle ist in voller Tätigkeit.

Im Zuge der Notstandsplanung haben die Zehrwerte den Betrieb eingeschränkt, 40 Beamte und 200 Arbeiter werden entlassen; die Gummi- und Kachelwerke Reithofers Zöhne sollen gänzlich aufgelassen werden; der Semperit Konzern wird veranlaßt, zwei von den fünf Betrieben stillzuliegen; Ferner sind Stilllegungen und Entlassungen in der Auto- und Maschinenindustrie im Gange.

Der verpfändete Staat hat im ersten Vierteljahr 1931 77 Millionen Schilling Defizit. Geht das bis zum Ende des Jahres so weiter (daran ist nicht zu zweifeln), so beträgt das Defizit über 300 Millionen Schilling. Länder und Gemeinden sind mit in die Peine gerissen und spenden ihre sozialen Ausgaben aufs äußerste ein, was zu einer unerträglichen Not in den Reihen des Proletariats führt.

Die Zigaretten wurden verteuert der Zoll auf Kaffee und Tee verdoppelt, die gesamten Lebensmittelgölle stehen vor einer gewaltigen Erhöhung und eine ungeheure Teuerungswelle steht bevor.

Der Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung und die soziale Gesetzgebung, verbunden mit der geplanten Besoldungssteuer, Gehaltskürzungen und dem fortgesetzten Rohraub steht der brutalen Massenausplünderung des Brünningshem nicht nach.

Der Bankrott des Parlamentarismus ist nur die Cubertüre zum Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft. Ender forderte außerordentlich: Vollmachten als Bedingung zur Durchführung der geplanten Massenausplünderung, das ist die Sanierung der Nachahder. Die SP. steht dem kommenden Diktatorregime bereit. Sie ist sogar bereit, einer von der anglo-französischen Hochfinanz gerührten Konzentrationeregierung anzugehören, wenn Herr Ender sein antisoziales Raubprogramm mit ein paar Erro-Bauer-Maschinen schmückt. In der größten Verdrängnis kann die Bourgeoisie auch immer auf die reiflose Unterstützung der SP. rechnen.

Wenn auch die Mission Ender an der Uneinigkeit der Bürgerlichen gescheitert ist und ein anderer (Gärtler?) mit der Regierungsbildung betraut wurde, so darf die Tatsache, daß das französische Kapital mit einem Generalkommisär droht, nicht unterschätzt werden. Unter dem Druck dieser Mächte werden alle Parteien des Parlaments die letzten Rückfichten auf ihre Wähler lassen und das geplante Hungerprogramm zur „Rettung“ der Wirtschaft erfüllen. Das offene Diktatorregime wird in dieser oder jener Form seinen Einzug halten. Das deutsche Beispiel (die Begründung der letzten Notverordnung durch Bränning) läßt keinen Zweifel offen, daß die österreichische Sozialdemokratie, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, den geplanten Raubzug der Bourgeoisie zur „Rettung der Wirtschaft“ die Mauer machen wird. Das Proletariat wird daraus die Konsequenzen ziehen müssen. Seine Rettung liegt im Kampfe um die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Bildungsstätte.

Jeden Dienstag halb 8 Uhr abends im Gasthaus „Volksgarten“, Eilmundstraße 1. Thema: „Kein Leben“ von E. Trotzki. Kein Lernzwang.

Spendet Preßfond.